



93. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 5. Juni 2008

12 Justizvollzug Nordrhein-Westfalen: Ombudsmann parlamentarisch verankern und stärken!

Antrag

der Fraktion der SPD

[Drucksache 14/6866](#)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Müller-Piepenkötter. – Herr Sichau hat sich noch einmal gemeldet.

Frank Sichau (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Giebels, Sie stellen sich hin und sagen, wir hätten Personal abgebaut. Das ist zutreffend. Das wissen wir. Das habe ich von diesem Rednerpult aus schon einmal gesagt.

Aber sprechen Sie dann auch den anderen Teil der Wahrheit aus: Damals sind die Steuereinnahmen im Unterschied zu heute unheimlich gesunken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben mehr Glück, okay. – Aber das gehört auch dazu. Sie können nicht immer nur sagen: Da ist gekürzt worden, weil die von Rot-Grün daran Spaß hatten. Das ist fast eine Unverschämtheit.

(Zuruf von Harald Giebels [CDU])

Ich komme zu einem zweiten Aspekt, Herr Giebels. Schön ist, wenn Sie von der verkorksten rot-grünen Strafvollzugspolitik reden.

(Lachen von Harald Giebels [CDU])

Machen Sie sich doch einfach einmal klar: Ihre Ministerin, die auf der Regierungsbank sitzt, gibt Presseerklärungen ab und lobt öffentlich die rot-grüne Strafvollzugspolitik.

Das ist nachzulesen. Sogar in der Verhandlung zum Jugendstrafvollzugsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht hat Herr Gröner die rot-grüne Strafvollzugspolitik gelobt. Was ist denn nun richtig? Sagt Ihre Ministerin die Unwahrheit, oder hat sie keine Ahnung? Die Frage müssen Sie dann aber auch beantworten.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nicht alles war schlecht!)

– Nicht alles war schlecht – gut, das ist dann ja schon eine Relativierung. Aber Sie haben das anders gesagt.

Abschließend: Es ist internationaler Standard, dass Ombudspersonen von der Exekutive unabhängig sind.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Herr Dr. Orth, der Wehrbeauftragte hat sich zweifelsfrei bewährt. Insofern: Warum soll sich ein Ombudsmann für den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen als unabhängiges Organ des Parlaments nicht bewähren?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sichau. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zum Schluss der Beratung kommen.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages** [Drucksache 14/6866](#) an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.